

Chancen für Nepals angeschlagene Demokratie?

NCP-ML beteiligt sich an der Koirala-Regierung

von Karl-Heinz Krämer

Nach Monaten der Diskussion und indirekter Unterstützung der 'Nepali Congress'-Minderheitsregierung von Premierminister Girija Prasad Koirala mittels Stimmenthaltung kam es am 26. August 1998 zur formellen Beteiligung der 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)' (NCP-ML) an der Regierung. Dies soll Anlaß zu einer Bestandsaufnahme sein: Was sind die Hintergründe für die Regierungsbildung, und vor allem, welche Perspektiven eröffnen sich durch diese Koalition für die angeschlagene nepalische Demokratie und die Gesellschaft des Landes?

Seit den letzten Parlamentswahlen vom November 1994 hat es keine stabile Regierung mehr gegeben. Die Ursache hierfür liegt in dem Umstand, daß keine Partei über eine absolute Mehrheit im Unterhaus des Parlaments ('Pratinidhi Sabha') verfügt. Die Parteien und Politi-

ker tun sich ganz offensichtlich schwer im demokratischen Umgang mit dieser Situation. Anstatt nach Wegen für eine dem Land dienliche vernünftige Koalitionsbasis zu suchen, nutzen sie die Gunst der Stunde, um sich Macht um jeden Preis und wirtschaftliche Pfründe zu er-

schließen.

Der einzigen noch rational einstuftbaren Minderheitsregierung der 'Communist Party of Nepal (United Marxist-Leninist)' (CPN-UML), die nur neun Monate überlebte, folgten drei weitere Koalitionsregierungen unterschiedlicher,



Für die Menschen in Nepal überschlagen sich die Meldungen über Regierungsumbildungen (Foto: Walter Keller)

parteiideologisch kaum nachvollziehbarer Zusammensetzung. In den ersten drei Jahren dieser Legislaturperiode wechselten wiederholt Politiker die Partei und trugen hierdurch zu Verschiebungen der möglichen Mehrheitsverhältnissen bei. Die größten Vorteile aus diesem Verhalten zog der 'Nepali Congress', dessen Stärke im Repräsentantenhaus (205 Mitglieder) von ursprünglich 83 auf 89 anwuchs. Dennoch reichte dies nicht, um stärkste Partei im Parlament zu werden, da auch die CPN-UML von Parteiwechseln profitierte und dank erfolgreicher Nachwahlen ihre führende Position auf 90 Abgeordnete ausbauen konnte.

Doch die schmutzigen Machenschaften äußerten sich nicht nur im Parteiwechsel von Abgeordneten, sondern auch in schwerwiegenden Differenzen innerhalb aller im Parlament vertretenen Parteien. Zwar hat man sich in jüngster Zeit dazu durchgerungen, weiteren Parteiwechseln durch ein entsprechendes Gesetz einen Riegel vorzuschieben, doch konnte man damit nicht verhindern, daß die innerparteilichen Konflikte im Laufe dieses Jahres zu Parteispaltungen führten. Sowohl die CPN-UML als auch die 'National Democratic Party' (NDP) brachen auseinander, weil seit langem schwelende persönliche Machtansprüche von Parteiführern nicht durch parteiinterne Abkommen befriedigt werden konnten. Politisch-ideologische Differenzen, die nach außen hin als Hauptgrund für die Spaltungen angegeben wurden, sind bei genauem Hinsehen kaum erkennbar.

So zerbrach die NDP wieder genau in jene beiden Gruppen um die Parteiführer Surya Bahadur Thapa und Lokendra Bahadur Chand, in denen sich zu Beginn der neunziger Jahre die Politiker des einstigen parteilosen Panchayat-Systems gesammelt hatten. Damals, bei den Wahlen von 1991, nahm man sich gegenseitig die Stimmen weg und konnte trotz eines gemeinsamen Stimmenanteils von über zwölf Prozent nur vier Parlamentssitze erringen. Dieses Ergebnis hatte letztlich den Ausschlag für den Zusammenschluß gegeben; die persönlichen Machtansprüche und Differenzen von Thapa und Chand ließen sich aber nicht beseitigen. Die Gruppe um Chand nennt sich heute 'New NDP'.

Nur wenig anders ist die Situation in der linken Volkspartei. Die CPN-UML entstand erst Anfang 1991, als sich die bedeutendsten Splittergruppen der 'Nepal Communist Party' im Vorfeld der Parlamentswahlen zusammenschlossen. Trotz heißer Diskussion über die ideologische Ausrichtung der Partei erschien die CPN-UML nach außen hin zunehmend gefestigter. Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatten der unumstrittene Parteivorsitzende Man

Mohan Adhikari, welcher der Partei trotz ihres kommunistischen Namens auch über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung verschaffte, und der Generalsekretär Madan Kumar Bhandari, der die Partei auf eine gemeinsame sozialdemokratische Linie einschwor.

Mit dem frühen Tod von Bhandari — er starb 1993 bei einem Autounfall, der von vielen noch immer als Mordanschlag interpretiert wird — verlor die Partei jedoch ihre starke ordnende Hand. Zunehmend machten sich nicht nur unterschiedliche Auffassungen über die Parteiideologie bemerkbar, sondern es wurden auch ganz persönliche Machtansprüche einzelner Politiker in aller Öffentlichkeit erhoben. Madhav Kumar Nepal, Bhandaris Nachfolger als Generalsekretär, hat nicht das Charisma seines Vorgängers. Mit Bam Dev Gautam erwuchs ihm ein innerparteilicher Widersacher, der die CPN-UML zunächst in eine unverständliche Koalitionsregierung mit einer Gruppe der NDP manövrierte und dabei sogar noch das einstige 'Panchayat'-Mitglied Chand als Premierminister akzeptierte. Als auch diese Regierung scheiterte und Gautam sich zu Beginn des Jahres auf dem Parteitag der CPN-UML nicht durchsetzen konnte, spaltete er schließlich im März die Partei. Seine Splitterpartei trägt den Namen 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)' (NCP-ML). Die Spaltungen von NDP und CPN-UML konnten trotz des neuen 'Anti Defection Law' erfolgen, weil in beiden Fällen mehr als 40 Prozent der Abgeordneten absprangen, um eine neue Partei zu gründen.

Von einer formellen Spaltung verschont blieb bisher der 'Congress', obgleich die Partei seit den Wahlen von 1991 faktisch in mehrere Lager gespalten ist. Wie bei den anderen Parteien gehen die Differenzen auch im 'Congress' von Führerpersönlichkeiten aus. Girija Prasad Koirala, Krishna Prasad Bhattarai und bis zu seinem Tode im vergangenen Jahr auch Ganesh Man Singh bekämpften sich gegenseitig mit unsaubersten Mitteln in aller Öffentlichkeit. Von einer vernunftgeleiteten Politik für Staat und Gesellschaft konnte unter diesen Voraussetzungen keine Rede sein.

Koirala-Regierung II

Die Parteispaltungen zu Beginn des Jahres haben jedoch die potentielle Koalitionslandschaft völlig verändert. Sowohl NDP und 'New NDP' als auch CPN-UML und NCP-ML sind untereinander völlig zerstritten, so daß Koalitionen mit den einstigen Parteigenossen zur Zeit undenkbar sind. Dank der Spaltung der CPN-UML wurde der 'Congress' über Nacht wieder zur stärksten Partei,

ein Umstand, der zur Grundlage für die Bildung einer Minderheitsregierung unter Premierminister Girija Prasad Koirala wurde. Damit hat Koirala zum zweiten Mal seit der Demokratisierung des Landes die Regierungsverantwortung übernommen. Vorübergehend sind die innerparteilichen Zwistigkeiten durch diese Entwicklung in den Hintergrund getreten, doch häufen sich in letzter Zeit wieder verbale Attacken gegen die eigene Regierung aus dem Kreis innerparteilicher Konkurrenten; namentlich zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die früheren Premierminister Krishna Prasad Bhattarai und Sher Bahadur Deuba.

Die Minderheitsregierung von Koirala war zunächst möglich, weil sie von der CPN-UML geduldet und von außen unterstützt wurde. Doch schon bald wurde Kritik an Führungsstil und politischem Gehalt der Koirala-Regierung laut, und die CPN-UML distanzierte sich zunehmend. Koirala hielt weiterhin Ausschau nach einem potentiellen Koalitionspartner und wurde schon bald fündig in der größten Konkurrenzpartei der CPN-UML, nämlich der NCP-ML. Die Verhandlungen über einen möglichen Regierungsbeitritt zogen sich über Monate hin. In dieser Zeit stützte die NCP-ML die Koirala-Regierung wiederholt von außen, indem sie sich bei Abstimmungen der Stimme enthielt. Dies geschah selbst bei so strittigen Themen wie dem 'Kalapani-Konflikt' mit Indien oder dem brutalen Vorgehen der Sicherheitskräfte bei der Unterdrückung des maoistischen Volkskriegs. Am 26. August erfolgte schließlich der formelle Eintritt in die Koirala-Regierung, als 13 Abgeordnete der NCP-ML in den Ministerrat aufgenommen wurden.

Bam Dev Gautam, der die CPN-UML gespalten hatte, weil sie, wie er sagte, nicht mehr revolutionär genug und vom ursprünglichen kommunistisch-ideologischen Pfad abgewichen war, ging ein Bündnis mit dem als Kommunistenfeind bekannten und eher zum konservativen Kreis des 'Nepali Congress' zählenden Koirala ein. Was mag Gautam zu diesem Schritt bewogen haben? Persönliches Machtstreben, wie es beispielsweise 1997 offensichtlich vorlag, als Gautam die CPN-UML in eine Koalition mit der Chand-Gruppe trieb und er selbst das Amt des Vizepremiers übernahm, scheint diesmal als Beweggrund auszuscheiden; dafür spricht, daß Bam Dev Gautam selbst kein Ministeramt übernommen hat.

Es liegt daher auf der Hand, daß der Grund für diese rationalpolitisch erneut nicht erklärbare Koalition in der Konkurrenz mit den alten Genossen der CPN-UML zu suchen ist. Die ersten Monate nach der Spaltung der UML ha-



Viele Menschen sind der politischen Querelen überdrüssig (Foto: Walter Keller)

ben gezeigt, daß die neue NCP-ML in der Öffentlichkeit längst nicht so großen Rückhalt hat, wie die Partei gerne vorgibt. Angesichts bevorstehender Wahlen — turnusmäßig im November 1999, Koirala hat aber wiederholt vom Mai 1999 gesprochen, während die CPN-UML für Neuwahlen im November diesen Jahres votiert — mußte sich Bam Dev Gautam daher etwas einfallen lassen, um die Erfolgsaussichten seiner Partei zu verbessern. Nichts scheint von größerer Bedeutung zu sein als eine Regierungsbeteiligung; das haben fast alle Wahlen der neunziger Jahre gezeigt. Bereits 1996 hatte Gautam seine Regierungsbeteiligung nicht unwesentlich dazu genutzt, um seine damalige CPN-UML zu einem erdrutschartigen Sieg bei den lokalen Wahlen zu führen. Daher war für Gautam in der jetzigen Situation eine Regierungsbeteiligung wichtiger als alle politisch-ideologischen Prinzipien.

Koiralas erweiterter Ministerrat

Wie üblich, verlief auch diese Regierungsumbildung nicht ohne konträre Diskussionen. Dabei beschäftigte man sich selbst mit Fragen wie der, ob es sich nun um eine Koalitionsregierung oder lediglich um eine Regierungser-

weiterung handelt. Man Mohan Adhikari, Vorsitzender der CPN-UML und Oppositionsführer im Repräsentantenhaus, sprach der neuen Regierung das Recht ab, sich als Koalitionsregierung zu bezeichnen, weil die NCP-ML nicht als nationale Partei durch die Wahlkommission anerkannt sei. Letztendlich ist diese Frage jedoch unwichtig; fest steht, daß die Koirala-Regierung jetzt über eine satte Mehrheit im Parlament verfügt.

Der neuen Regierung gehören insgesamt 32 Personen an, 19 vom 'Nepali Congress' und 13 von der NCP-ML. Damit ist der neue Ministerrat nur um fünf Personen stärker als der alte der Minderheitsregierung des 'Congress'. Da auch noch einige andere Umbesetzungen erfolgten, mußten zwölf 'Congress'-Vertreter ihre Sessel räumen. Bemerkenswert an den NC-internen Wechseln ist, daß Khum Bahadur Khadga als Versorgungsminister wieder in den Ministerrat zurückgekehrt ist. Er hatte bereits zu Beginn der Minderheitsregierung Koiralas angehört, mußte dann aber auf Druck sowohl der Opposition (darunter auch der NCP-ML) als auch aus Reihen seiner eigenen Partei wegen Korruptionsverstrickungen schon nach wenigen Tagen wieder zurücktreten. Auffällig auf Seiten der NCP-ML ist,

daß sich die meisten Führer der Partei im Hintergrund gehalten haben; lediglich Radha Krishna Mainali tritt hier als Führer der ML-Vertreter in Erscheinung.

Bleibt die Frage nach der Stabilität der neuen Regierung. Aufgrund ihrer Zusammensetzung und angesichts der andauernden Zerrissenheit des 'Nepali Congress' ist auch von dieser Regierung keine Langlebigkeit zu erwarten. Was jedoch für die Regierung spricht, ist der von Koirala ins Auge gefaßte und auch von Bam Dev Gautam unterstützte Wahltermin im kommenden Mai. Mit diesem Ziel vor Augen werden sich die an der Regierung beteiligten Parteien wohl bemühen, offene Kontroversen möglichst zu vermeiden. Andererseits sind aber auch keine bedeutenden politischen Entscheidungen zu erwarten; dazu sind die gegensätzlichen Auffassungen und Ziele einfach zu groß. So ist die Regierung wohl eher als ein Instrument anzusehen, welches das Land nach vier Jahren der politischen Stagnation und des Verfalls von Demokratie und Ordnung zu Neuwahlen hinführen soll, die dann hoffentlich wieder für klarere Verhältnisse sorgen.

Eine Gefahr für die Regierung dürfte am ehesten aus den 'Congress'-Reihen

kommen. Girija Prasad Koirala hat zwar versucht, die Gruppe jener parteiinternen Rebellen, die 1994 zum Sturz seiner ersten Regierung beigetragen hatten, zu beteiligen; deren Sprecher, Chiranjibi Wagle, ist als Minister für Landreform und Management an vierter Stelle in der Ministerliste eingruppiert. Aber die in letzter Zeit sich häufende Kritik an der Regierung, insbesondere an Koiralas Nichte, der Vizepremierministerin Shailaja Acharya, macht das Problem deutlich. Außerdem ist Girija für seine Starrköpfigkeit bekannt; sollte er sich zu Entscheidungen ohne Zustimmung oder Konsultation der NCP-ML verleiten lassen, könnte es doch noch zu einem Bruch der Regierung kommen.

Der Ministerrat als Spiegelbild von Staat und Gesellschaft

Die Kontinuität der Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen ist stets ein wichtiges Indiz dafür, welche gesellschaftspolitischen Veränderungen von den nepalischen Regierungen ausgehen können. Nepal, oder vielmehr seine hochkastige Elite, hat 1990 zwar das Bekenntnis zur Multiethnizität des Landes in die Verfassung aufgenommen, diese Erklärung wurde durch das Festhalten am Hindu-staat aber gleichzeitig wieder in Frage gestellt. In der Praxis bedeutet dies, daß jene Gruppen, welche die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Nepals seit seiner militärischen Einigungsphase (1743-1816) bestimmten, auch heute in den politischen Parteien und somit in den Staatsorganen weiter den Ton angeben.

Der neue Ministerrat macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die Brahmanisierung ('bahunvad') des nepalischen Staates ist in den neunziger Jahren zu einem Schlagwort geworden, seit Girija Prasad Koirala in seiner ersten Amtszeit (1991-94) seinen Ministerrat zur Hälfte mit Brahmanen besetzte und auch ansonsten, beispielsweise bei der Besetzung von Botschafterposten, überwiegend auf Brahmanen zurückgriff. Diesmal ist Koirala etwas zurückhaltender; "nur" 13 der 32 Mitglieder des Ministerrats sind 'Bahun', wie die Brahmanen des Gebirgsraums im Nepali genannt werden. Angesichts eines Bevölkerungsanteils von offiziell 12,5 Prozent ist das immer noch eine stattliche Zahl. Noch wesentlich aussagekräftiger wird das Ergebnis, wenn man die übrigen traditionell beteiligten Gruppen ('Chetri', hochkastige hinduistische 'Newar' und bestimmte Kreise der hinduisierten ethnischen Elite des Tarai) einbezieht. Aus diesen Gesellschaftsgruppen stammen 28 der Minister; dazu kommen drei Mitglieder ethnischer Minderheiten (Bevölkerungsanteil über 40 Prozent) und ein Muslim

(Bevölkerungsanteil drei Prozent). Die niederen Hindukasten (Bevölkerungsanteil über 20 Prozent) sind wie üblich gar nicht beteiligt.

Auch die Reihenfolge der Ministerliste ist von höchstem Aussagewert, da auch darin eine Hierarchie vorgegeben wird. Hier sind die ersten vier Plätze von Brahmanen besetzt; die Vertreter aus dem Kreis der nichthinduistischen Eliten sind auf den Positionen zwölf, 20-21 (letzte vollwertige Ministerposten) und 28 eingruppiert. Lediglich zwei Frauen sind im Ministerrat vertreten, natürlich beide Brahmaninnen. Daß mit Shailaja Acharya erstmals eine Frau das Vizepremieramt innehat, mag als psychologische Beruhigungsspritze für die immer aktiver werdenden Frauenrechtsaktivistinnen gedacht sein. Andererseits ist Shailaja, eine Nichte Koiralas, seit Jahren eine der aktivsten 'Congress'-Politikerinnen. Sie gehörte bereits der ersten Koirala-Regierung an, ehe sie aufgrund von Meinungsverschiedenheiten zurücktrat. Ihre Eingliederung in den Ministerrat in führender Position hat daher sicherlich auch innerparteiliche Gründe. Die zweite Frau, Mina Pandey, ist als 22. der Rangliste lediglich Staatsministerin für Frauen und soziale Wohlfahrt. Daß dieses Ressort nicht mit einem vollen Ministerposten bedacht wird, zeigt die Bedeutung, welche die nepalische Staatsführung diesem Bereich einräumt; auch dies ist sicherlich ein Produkt der für Nepal so prägenden hindupolitischen Denkweise.

Derartige Auswertungen ließen sich noch weiter fortsetzen. Sie sollen hier nur verdeutlichen, daß von der neuen Regierung keine gesellschaftspolitischen Veränderungen zu erwarten sind. Dies gilt nicht nur für oftmals schon militant vorgetragene Forderungen der Frauen nach Gleichberechtigung — eine Gesetzesvorlage zum Erbrecht für Frauen liegt seit 1996 eingefroren bei einem entsprechenden Parlamentsausschuß — sondern auch für die Forderungen zahlreicher ethnischer Gruppen und sogenannter "niederer" Hindukasten nach Gleichberechtigung, Beteiligung und Entschädigung für erlittenes Unrecht.

Der Hauptgrund für die diesbezügliche Unbeweglichkeit des nepalischen Staates ist in den politischen Parteien zu suchen, die seit 1990 die Verantwortung übernommen haben. Zwar hat sich Nepal ein demokratisches Regierungssystem gegeben, doch arbeitet dieses nicht demokratisch, weil die Parteien an den Schalthebeln nicht demokratisch sind. Solange die Besetzung von Parteiposten und Regierungssämtern nicht auf demokratischem Wege erfolgt, sondern von den hochkastigen Parteieliten bestimmt wird, haben andere Bevölkerungsgruppen auch in einem "demokratischen" Nepal keine

Beteiligungschancen. Solange diese ausgrenzten Bevölkerungsgruppen nicht beteiligt werden, wird es auch keine gesellschaftspolitischen Veränderungen in Nepal geben.

Dies bedeutet, daß nicht nur die jetzige Regierung nichts bewegen wird, sondern auch jene Regierungen, die nach den nächsten Wahlen die Verantwortung übernehmen. Die Kandidaten der Parteien werden nämlich nicht von der Parteibasis der jeweiligen Wahlbezirke bestimmt, sondern von der Parteiführung im fernen Kathmandu.

Dies bleibt nicht ohne Folgewirkung für die großen Problembereiche Nepals. Beispielsweise muß das Problem der inneren Sicherheit, das in den letzten Jahren durch den sogenannten Volkskrieg (people's war) der Maoisten in die Schlagzeilen gerückt ist, ursächlich als ein soziales Problem gesehen werden. Die Maoisten mögen als Terroristen bezeichnet werden, aber sie finden nur deshalb solchen Zuspruch in der ländlichen Bevölkerung, weil die Regierung und die Politiker in Kathmandu kein Verständnis für deren Probleme aufbringen. Wagt es jemand, die Staatselite auf die verhängnisvollen Zusammenhänge ihrer Welt- und Gesellschaftsauffassung und der Entwicklungsprobleme des Landes aufmerksam zu machen, wie dies der renommierte Ethnologe Dor Bahadur Bista, der übrigens seit drei Jahren spurlos verschwunden ist, in seinem Buch 'Fatalism and Development' getan hat, dann läuft diese Elite am liebsten Amok und prangert derartige Kritiker als Verräter des Vaterlandes an.

Nur wer sich Scheuklappen aufsetzt, kann weiterhin ein Geschichtsbild gutheißen, das die militärische Unterwerfung der zahlreichen nepalischen Völker, die Verteilung ihres Landes an die elitäre Oberschicht der Eroberer, die Verknechtung der indigenen Bevölkerung, die Zerstörung ihrer kulturellen Werte und Praktiken, ihre Eingliederung in das religiös-hierarchische Gesellschaftssystem der Eroberer, die Vorenthaltung jeglicher Bildung, ihren Auskauf als Söldner für fremde Staaten und ihre Ausgrenzung aus aller politischer und wirtschaftlicher Beteiligung als historische Meilensteine in der Entwicklung des modernen Nepal glorifiziert.

Dieses Geschichtsbild und die darauf basierende Staats- und Gesellschaftsordnung hat die nepalische Staatselite über Familie, Gruppe und Schule so sehr verinnerlicht, daß jede Kritik daran auf völliges Unverständnis stößt. Somit ergibt sich ein Teufelskreis: Nepals Politiker müssen umdenken. Das können sie aber nur, wenn sie andere Gruppen als gleichwertige Partner beteiligen und die Gesellschaft liberalisieren. Letzteres aber setzt ein vorheriges Umdenken voraus.

Die jetzige Regierung ist nicht dazu angetan, Fortschritte in diese Richtung zu unternehmen. Die engstirnige Gesellschaftsauffassung hat nämlich nichts mit verbal erklärter politischer Ideologie zu

tun. In dieser Hinsicht gibt es keine Unterschiede zwischen den Parteien, mögen sie nationalistisch sein wie die NDP, liberaldemokratisch wie der 'Nepali Congress' oder sozialdemokra-

tisch/kommunistisch wie CPN-UML und NCP-ML. Dies alles läßt die Perspektive für die Entwicklung von Demokratie und ziviler Gesellschaft düster erscheinen.

Kommentar:

Die Aussichten der neuen Koalition

von Ram Pradhan

Nach allen vorliegenden Anzeichen wird die neue Koalition aus 'Nepali Congress' (NC) und 'Nepal Communist Party (Marxist-Leninist)' (NCP-ML) zahlreiche Hürden überwinden müssen, bevor die beiden ideologischen Rivalen eine funktionsfähige Regierung darstellen können. Bis zu den nächsten Parlamentswahlen, die laut Premierminister Koirala für das Frühjahr 1999 geplant sind, wird die Stärke und Nachhaltigkeit der politischen Zwecke wiederholt auf die Probe gestellt werden.

Aufgrund der Gefahr innerparteilicher Probleme in beiden Koalitionsparteien spekulieren die nepalischen Boulevardblätter über die verschiedensten Möglichkeiten eines frühzeitigen Scheiterns der Koalition. Diese Koalition steht auf solch tönernen Füßen, daß die leichteste falsche Bewegung auf Seiten beider politischer Partner zum Kollaps und erneuten Versuchen, eine Regierung zu bilden, führen kann.

Ein Sicherheitsfaktor aus der Perspektive des 'Congress' ist gewiß der endlose Zermübungskrieg im kommunistischen Lager. Solange die ehemals vereinten Parteien 'Communist Party of Nepal' (United Marxist Leninists)' (CPN-UML) und NPC-ML keine Front gegen den 'Congress' bilden, wird der resolute Koirala nicht die Macht verlieren. Er ist zuversichtlich, daß die "unheilige" Allianz von 'Congress' und NCP-ML bis zur nächsten Wahl im Amt bleiben wird.

Beiden Koalitionsparteien liegt sehr daran, die Wahlen solange wie möglich aufzuschieben. Der 'Congress' steht unter dem Zwang zu internen Reformen, um wieder an den früheren Glanz und die Rolle als Mehrheitsfraktion anknüpfen zu können. Der Koalitionspartner NPC-ML muß sich hingegen erst noch als eine anerkannte politische Kraft profilieren. Beides erfordert Zeit.

Zudem stehen die beiden Koalitionäre, Koirala und Bam Dev Gautam, unter Rechtfertigungszwang, da die Koalition bislang noch nicht wirklich arbeitsfähig ist. In beiden Parteien sind noch Zweifel verbreitet, ob dieses Bündnis dem jeweiligen Image der Parteien in der Öffentlichkeit dient. Doch selbst bei Abstimmungsproblemen im Parlament werden diese beiden Parteien wieder zueinander finden, alleine um ihren gemeinsamen Gegner, die CPN-UML, kleinzuhalten.

Auch die Rolle der Partei der früheren 'Panchayat'

Mitglieder, die 'Rastriya Prajatantra Party' (RPP), ist bei den Koalitionspartnern nicht vergessen und keine Fraktion möchte auf die RPP-Unterstützung angewiesen sein. Die RPP wird wohl nicht wieder ihre alte Stärke im Parlament erzielen. Dies wäre ein Stabilitätsgewinn, da eine geschwächte RPP nicht wie bislang Koalitionen unter Druck setzen kann.

Die Bevölkerung bleibt jedoch skeptisch, ob die neue Koalition wirklich die politische Lage im Land verbessern kann. Die Menschen erwarten keine radikalen Veränderungen. So hat der 'Congress' zwar der Forderung der NCP-ML nachgegeben, daß die indische Armee sich aus Kalapani zurückzieht und der indisch-nepalische Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1950 aufgelöst oder neuverhandelt werden müsse. Koirala ist es jedoch leicht gefallen, diesen Forderungen zuzustimmen. Diese werden im normalen Regierungsgeschäft untergehen und die 'Congress'-Fraktion braucht nur darauf zu verweisen, daß die Reaktion Indiens abgewartet werden müsse.

Propheten und Schwarzmalzer sehen eine schwere Zeit für die neue Koalition voraus. So haben sich einflußreiche Politiker der NCP-ML, wie etwa R.K. Mainali, nicht an der Kabinettsbildung beteiligt. Zudem hat sich Koirala den Ärger von 13 'Congress'-Ministern zugezogen, die er entlassen mußte, um die NCP-ML-Minister ins Kabinett holen zu können. Andererseits ist zu vermuten, daß sich Koirala auch bei Druck von Seiten der NCP-ML als Chef einer Minderheitenregierung behaupten kann.

Von besonderer Bedeutung für die demokratische Integrität der neuen Koalition sind jedoch die seit dem Angriff der Maoisten aufgeschobenen Kommunalwahlen im mittleren Westen. Mit diesen Wahlen könnte die Regierung beweisen, daß der Vormarsch der Maoisten aufgehalten werden und die Bevölkerung ihr Recht zur freien Wahl ihrer Repräsentanten ausüben kann.

Gemeinsam können die beiden Koalitionsparteien, wenn sie dies wünschen, zudem Gesetze für mehr Transparenz und Verlässlichkeit der Verwaltung und für freie und gerechte Wahlen erlassen, um endlich eine demokratische Kultur in Nepal zu ermöglichen.

Übersetzung: Jürgen Clemens